

Statement von Ulrich Wohland, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion am 31. August 2016 vor dem Reichstag in Berlin

Der Bundestag– Mandat für den Frieden

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Das Parlament entscheidet darüber, ob die Bundeswehr eingesetzt wird. Einsätze der Bundeswehr sind Parlamentseinsätze. Das Parlament kann Einsätze beschließen und beenden! Das Parlament ist der Souverän über Krieg und Frieden. Diese Gewissenentscheidung kann den Abgeordneten niemand abnehmen. Die Abgeordneten haben die Pflicht, das „Mandat des Gewissens“ und das „Mandat für den Frieden“ ernst zu nehmen.

Bereits drei Tage nach dem Kabinettsbeschluss und drei Wochen nach den Anschlägen des sogenannten IS in Paris beschloss der Bundestag im Dezember 2015, mit 145 Stimmen gegen 445 den Einsatz der Bundeswehr mit 1200 Soldaten, Tornado Flugzeugen und einer Fregatte, um Frankreich im Kampf gegen den IS zu unterstützen. Ohne Not wurde im Schweinsgalopp diese Entscheidung durchgezogen.

Im britischen Parlament konnte länger und intensiver diskutiert werden. Immerhin stimmten dort 223 von 397 gegen ein militärisches Engagement in Syrien

Dieser Einsatz der Bundeswehr ist ethisch fragwürdig, völkerrechtlich umstritten und politisch unvernünftig und als Instrument der Terrorismusbekämpfung grundfalsch.

Die Friedensbewegung beginnt mit dem heutigen Tage eine Kampagne gegen die Mandatsverlängerung für den Syrieneinsatz. Turnusgemäß wird ein Jahr nach der Beauftragung der Bundeswehr erneut im Bundestag darüber abgestimmt, ob es zu einer Verlängerung kommt. Im Dezember 2016 ist es soweit. Der Bundestag hat die Macht, in den Tagen vor Weihnachten, diesen Einsatz zu stoppen.

„**Nichts ist gut in Afghanistan**“. Dieser Satz von Margot Käßmann aus dem Jahr 2010 gilt weiterhin. Und dieser Satz gilt auch in Syrien. **Nichts ist gut in Syrien** und mit jedem Tag wird es schlechter.

Aktuell gibt es 15 Bundestagsmandate für Militäreinsätze der Bundeswehr weltweit. Aufgabe des Bundestages ist es, diese Einsätze jedes Jahr neu und ernsthaft zu entscheiden. Er darf diese Einsätze nicht einfach durchwinken und quasi nebenbei verlängern.

Die Friedensbewegung sagt: „Nein zur militärischen Intervention“ und sie sagt „Ja zu zivilen Alternativen“.

Was nottut – eine Auswahl ziviler Alternativen

Notwendig ist:

... ein Nachkriegsplan jetzt, ein (wirtschaftspolitischer) Marshallplan für die Region (unabhängig von den Regimen) mit Perspektiven für die Menschen in den Flüchtlingslagern. (Wiederaufbau / Demokratisierung / Sozialstaatliche

Einrichtungen / Versöhnungsarbeit / usw.) Im 2. Weltkriege wurden spätestens seit 1943 solche Pläne für Europa entwickelt – wo geschieht das heute?

... die Stützung und Stabilisierung der Nachbarländer, um einen weiteren Zerfall der Region (Stichwort Jordanien) zu vermeiden. Dort Teile des Marshallplanes schon heute starten.

... der Aufbau von qualifiziertem Personal für die UN auf Abruf: Blauhelme, Polizei, Jurist*innen, Beobachter*innen für Menschenrechte, Personal für Versöhnungsarbeit, Traumarbeit, Psychiatrisch-psychotherapeutisches Personal, Suchtkrankenhilfe.

... die Schaffung von Möglichkeiten, legal und sicher aus Kriegsgebieten nach Europa auszureisen. Sichere, gesicherte und legale Korridore und Flüchtlingsrouten und Transportmöglichkeiten. Wir brauchen eine „Luftbrücke der Solidarität“.

... privilegierte Aufenthaltsmöglichkeiten für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten mit Rückkehroption und Rückkehrorientierung. Hier in Deutschland sollten sich die Menschen vorbereiten können, hier sollten sie sich qualifizieren können, für ein Leben nach einer möglichen Rückkehr in ihr Heimatland.

... ein Qualifizierungsprogramm für Flüchtlinge als Vorbereitung für die Wiederaufbauarbeit in ihrem Land: als Handwerker*innen / Polizist*innen / Juristen*innen / Mediziner*innen / Psycholog*innen / Sozialarbeiter*innen / Lehrer*innen.

... die Schulung von Konfliktbearbeiter*innen und Mediator*innen für die Phase nach dem Krieg (Post Conflict Phase).

... ein Programm für die Repatriierung von [Flüchtlingen](#). Das muss schon jetzt entwickelt werden.

... das Austrocknen des Krieges und der Verhinderung der Möglichkeiten, Kriege in der Region zu führen.

... ein Programm zur Unterbindung aller Waffenverkäufe in die Region.

... sind internationale Prozesse gegen Waffenhändler, die dieses Embargo durchbrechen.

...ein Ausstiegsprogramm für ehemalige IS-Kämpfer (vgl. entsprechende Programme für Aussteiger aus der rechten Szene).

... ein Bleiberecht für Deserteure aus Kriegsgebieten.

... die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern der Region durch entsprechende Zahlungen an die UN.

... eine ständige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten.

... der Dialog mit **allen** Konfliktparteien, auch bilateral (auch mit dem IS).

... die Einrichtung humanitärer Schutzzonen, wie es auch in der früheren Phase des Konfliktes von der Türkei eingefordert worden ist. Diese Schutzzonen müssen mehr sein als Flüchtlingslager. Es müssen UN-international geschützte „Kantone der sozialen Sicherheit und des sozialen Wohlstandes und der Demokratie“ sein.

Um all diese Projekte zu entwickeln und zu koordinieren ist der:

... der Aufbau eines Zentrums für Zivile Konfliktbearbeitung, zunächst angesiedelt beim Auswärtigen Amt und zukünftig in einem eigenständigen Ministerium, notwendig.

Wer verantwortungsethisch handeln will, muss mit der Logik dies Krieges brechen und die Option für die Friedenslogik öffnen. Ein „weiter so“ heißt: mehr Krieg. Stattdessen sollten die Abgeordneten den Mut haben und den Frieden wagen.

Die Friedensbewegung startet deshalb heute zum Weltfriedenstag 2016 mit der Kampagne und der Aufforderung an die Abgeordneten „Macht Frieden! Zivile Lösungen für Syrien“.

Mit zahlreichen Aktionen und in Gesprächen mit Abgeordneten mit Graswurzellobbyarbeit in den Wahlkreisen und mit Lobbyarbeit in Berlin wollen wir als Bürger die Politik beraten.

Im Dezember können die Abgeordnete dann gegen die Fortsetzung des Krieges und für ein „Mandat für den Frieden“ stimmen.